

Akte Verkehrs- und Infrastrukturrecht: Straßenbahn Linie 7, Ladezonen und Schulwegsicherheit

verkehr-infrastrukturrecht-strassenbahn-ladezonen

Die Stadt Friedrichshöfe plant seit 2023 die Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 um rund 3,2 Kilometer in Richtung des neuen Stadtquartiers "Westpark" sowie des bestehenden Gewerbeparks Siemensring. Der Stadtrat hat im Herbst 2024 beschlossen, das Planfeststellungsverfahren nach § 28 PBefG i.V.m. dem Landesstraßenbahngesetz einzuleiten und die Verkehrsbetriebe Friedrichshöfe GmbH (VBF) mit der Era

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (8)
Teil 2	Notizen und Textdateien (1)
Teil 3	CSV-Tabellen (1)
Teil 4	Word-Dokumente (4)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 02_planung/ratsbeschluss_entwurf.md

Vorschau: ratsbeschluss_entwurf

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

STADT FRIEDRICHSHÖFE

Stadtrat – Öffentliche Sitzung vom 24. September 2024

Drucksachen-Nr. DS-2024/0847

Dezernat III – Bau, Verkehr, Stadtentwicklung

Beschlussvorlage: Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 (Westast)

Beauftragung Planfeststellungsverfahren, Variantenprüfung und Fördermittelakquise

I. Tenor (Beschlusstext)

Der Stadtrat der Stadt Friedrichshöfe beschließt:

1. Einleitung Planfeststellungsverfahren

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben Friedrichshöfe GmbH (VBF) das Planfeststellungsverfahren nach § 28 PBefG i.V.m. dem Landesstraßenbahngesetz NRW für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 (Westast) einzuleiten. Die Bezirksregierung Westmark wird als zuständige Planfeststellungsbehörde angeschrieben. Die VBF wird zur Antragstellerin bestimmt; das Planungsamt übernimmt die Verfahrenskoordination auf kommunaler Seite.

2. Variantenprüfung und Vorzugsvariante

Der Stadtrat nimmt die Ergebnisse der Vorplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, Variante B (Trasse Gartenstraße – Siemensring – Westpark-Boulevard) als Vorzugsvariante in die Planfeststellungsunterlagen einzuarbeiten.

3. Bürgerbeteiligung

Die Verwaltung wird beauftragt, über die gesetzliche Auslegung hinaus eine frühzeitige Bürgerbeteiligung durchzuführen und bis zum 31. März 2025 eine Informationsveranstaltung zu organisieren.

4. Fördermittelakquise GVFG

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich einen Antrag auf Bundesförderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zu stellen. Der Fördersatz von bis zu 75 % soll angestrebt werden.

5. Ladeinfrastruktur E-Mobilität (Grundsatzbeschluss)

Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen für Sondernutzungserlaubnisse zu klären, das Betreibermodell (SWF vs. CPO) zu evaluieren und dem ASV bis zum 30. Juni 2025 vorzulegen.

6. Schulwegsicherheit Grundschule Nord

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Maßnahmenpaket zur Schulwegsicherheit zu erarbeiten und bis zum 31. März 2025 vorzulegen. Tempo 30 und bauliche Querungshilfen sind vorrangig zu prüfen.

II. Begründung (Kurzfassung)

Variantenvergleich A / B / C

Kriterium	Variante A	Variante B (Vorzug)	Variante C
Länge	2,51 km	2,64 km	2,78 km (inkl. Tunnel)
Kosten (brutto)	34,2 Mio. €	38,5 Mio. €	52,1 Mio. €
Bauzeit	ca. 18 Monate	ca. 22 Monate	ca. 30 Monate
Baumeingriff	26 Linden (Entfall)	4 Bäume	0
Grunderwerb	gering	Parzelle 7/12	gering
GVFG-Förderung	60–75 %	60 %	< 60 % (zu teuer)
Gesamtpunkte	63/100	78/100	71/100

Variante B erzielt in der Abwägungsmatrix die höchste Gesamtpunktzahl und verbindet gute Erschließungswirkung mit vertretbarem Umwelteingriff und GVFG-Fähigkeit.

Finanzierung

Gesamtkosten: ca. 38,5 Mio. Euro (brutto). GVFG-Bundesförderung bis zu 60 % (ca. 23,1 Mio. Euro). Städtischer Eigenanteil: ca. 15,4 Mio. Euro über Kreditaufnahme (Nachtragshaushalt 2026).

III. Anlagen

- Anlage 1: Abwägungsmatrix Variantenvergleich A/B/C (Stand: Juli 2024)
 - Anlage 2: Übersichtslageplan Vorzugsvariante B (M 1:5.000)
 - Anlage 3: Kostenschätzung nach DIN 276 (Stand: August 2024)
 - Anlage 4: Stellungnahme VBF GmbH vom 14.08.2024
 - Anlage 5: Beschluss ASV vom 10.09.2024
 - Anlage 6: Konzept SWF Ladeinfrastruktur (Stand: Juni 2024)
- Gez. Stadtdirektor Dr. Markus Frenzel | Planungsamt – Amtsleitung: Dipl.-Ing. Sabine Kreutzmann
- Friedrichshöfe, 05. September 2024

Datei: 03_strassenbahn/linienfuehrung_betroffene.md

Stellungnahme der Verkehrsbetriebe Friedrichshöfe GmbH zur Linienführung Linie 7 Westast und Betroffenenanalyse

Verkehrsbetriebe Friedrichshöfe GmbH (VBF) Betriebsstraße 18, 47112 Friedrichshöfe Telefon: 02361 / 88-4400 | verkehr@vbf-friedrichshoeefe.de

Datum: 14. August 2024

Aktenzeichen: VBF-PL-2024/L7-003

An: Planungsamt der Stadt Friedrichshöfe, Amt 61, z. Hd. Frau Dipl.-Ing. Sabine Kreutzmann

Betreff: Stellungnahme zur Vorzugsvariante B – Trassierung Straßenbahnlinie 7 Westast, Betroffenenanalyse und Umsetzungshinweise

1. Einleitung und Auftrag

Die Verkehrsbetriebe Friedrichshöfe GmbH (VBF) wurde mit Beschluss des Stadtrates vom 12. März 2019 (DS-2019/0214) beauftragt, die verkehrliche und betriebliche Machbarkeit einer Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 in Richtung Stadtquartier Westpark zu untersuchen. Im Rahmen der nunmehr vorliegenden Vorplanung (Stand: Juli 2024) wurden drei Varianten ausgearbeitet. Die vorliegende Stellungnahme gibt die fachliche Einschätzung der VBF zur Vorzugsvariante B wieder, benennt die wesentlichen Betroffenen und erläutert die betrieblichen Anforderungen an die Trassierung.

2. Beschreibung der Vorzugsvariante B

Die Vorzugsvariante B verlässt die bestehende Haltestelle "Siemensring Ost" (km 0+000) in südwestlicher Richtung, schwenkt in die Zufahrt des Gewerbeparks Siemensring ein und verläuft auf einer neu zu erstellenden Trasse im straßenbündigen Betrieb durch den Siemensring (km 0+000 bis km 0+980). Ab km 0+980 verlässt die Trasse den Siemensring und verläuft auf einem eigenständigen Gleiskörper durch den Grünstreifen des neuen Westpark-Boulevards (km 0+980 bis km 2+640). Der Endpunkt liegt an der geplanten Haltestelle "Westpark-Mitte" (km 2+640), wo eine Wendeschleife errichtet wird. Eine spätere Verlängerung bis zur Haltestelle "Hochschule West" (km 3+200) ist planlich gesichert.

2.1 Haltestellen

Die Variante B sieht vier neue Haltestellen vor:

Nr.	Haltestellenname	km-Lage	Bemerkung
H1	Gewerbepark Siemensring	0+380	straßenbündig, barrierefrei
H2	Kleingärten West	0+860	straßenbündig, beeinflusst Parzelle 7/12
H3	Westpark-Nord	1+540	eigenständiger Gleiskörper
H4	Westpark-Mitte (Endstelle)	2+640	Wendeschleife, P+R-Anlage 80 Stpl.

2.2 Betriebliche Eckdaten

- Streckenlänge (Variante B): 2,64 km (ohne Verlängerungsoption)
- Fahrzeitgewinn gegenüber Busersatz (Linie 107): ca. 4 Minuten je Fahrt
- Prognostiziertes Fahrgastpotenzial (2030): 8.400 Fahrgäste/Tag (Quelle: Verkehrsgutachten Ing.-Büro Hartmann & Böhm, April 2024)
- Taktfolge: 7,5 Minuten im Tagesverkehr (Mo–Fr 06:00–20:00 Uhr), 15 Minuten abends und am Wochenende
- Fahrzeugbedarf: 2 zusätzliche Fahrzeuge (Flexity-2-Variante, Länge 32 m, Niederflur)

- Energiebedarf: ca. 1,1 GWh/Jahr (Gleichstrom 600 V, Unterwerk Siemensring ist ausreichend dimensioniert)

3. Variantenvergleich aus betrieblicher Sicht

3.1 Variante A (Nordtrasse)

Variante A verläuft direkt durch die Gartenstraße und hätte aus betrieblicher Sicht den Vorteil kürzerer Bauzeiten und geringerer Anfangskosten. Die VBF sieht jedoch zwei wesentliche Nachteile: Erstens ist die Gartenstraße mit einer Fahrbahnbreite von 6,50 m für den straßenbündigen Straßenbahnbetrieb zu schmal; eine Verbreiterung würde den vollständigen Rückschnitt der stadtbildprägenden Lindenallee erfordern, was nach vorläufiger Einschätzung der unteren Naturschutzbehörde nicht kompensierbar ist. Zweitens liegt die Haltestelle "Schule Nord" in Variante A im unmittelbaren Einmündungsbereich, was Konfliktpotenzial mit dem Schulverkehr erzeugt.

3.2 Variante C (mit Tunnelabschnitt)

Variante C bietet die beste betriebliche Leistungsfähigkeit (kein Lichtsignalkonflikte auf dem Tunnelabschnitt, höhere Reisegeschwindigkeit). Aus Sicht der VBF ist Variante C mittel- bis langfristig die qualitativ hochwertigste Lösung. Aufgrund der Mehrkosten von ca. 13,6 Mio. Euro gegenüber Variante B und des damit verbundenen Unterschreitens der GVFG-Förderquote scheidet Variante C in der aktuellen Haushaltsphase jedoch aus.

3.3 Vorzugsvariante B – Bewertung VBF

Die VBF befürwortet Variante B als betrieblich tragfähige Lösung, die eine gute Erschließungswirkung mit vertretbarem Eingriff verbindet. Die Beeinträchtigung durch die erforderliche Umlegung des 110-kV-Kabels (Abschnitt km 0+320 bis km 0+460) ist mit dem zuständigen Netzbetreiber (Westmark Netz GmbH) bereits vorabgestimmt; eine Kostenbeteiligung des Netzbetreibers in Höhe von 30 % der Umlegekosten (ca. 180.000 Euro) ist mündlich in Aussicht gestellt.

4. Betroffenenanalyse

4.1 Grundstücksbetroffene

Flurstück	Eigentümer (anonymisiert)	Art der Betroffenheit	Fläche
Gemarkung Westpark, Flur 7, Parzelle 7/12	Kleingärtnerverein West e.V. (Erbbauberechtigter)	Vollbeanspruchung Teilfläche, Erbbaurecht bis 2028	ca. 1.400 m ²
Gemarkung Siemensring, Flur 3, Parzelle 3/88	Gewerbebetrieb Metallbau Steinert GmbH	Einschränkung Zufahrt während Bauphase (ca. 8 Monate)	keine dauerhafte Fläche
Gemarkung Siemensring, Flur 3, Parzelle 3/91	Privat (Wohngebäude)	Leitungsrecht Gleichstromkabel (Leitungsrecht dauerhaft)	ca. 12 m ² (Leitungsrecht)

Der Erwerb der Kleingartenparzelle 7/12 ist der wesentliche eigentumsrechtliche Konfliktpunkt. Die VBF empfiehlt, frühzeitig das Gespräch mit dem Kleingärtnerverein zu suchen und eine Ersatzparzelle im nahegelegenen Kleingartengelände Süd (Parzelle 4/02, derzeit nicht vergeben) anzubieten.

4.2 Gewerbetreibende

Im Bereich des Gewerbeparks Siemensring sind während der Bauphase Einschränkungen der Zufahrten und erhöhte Lärmimmissionen zu erwarten. Betroffen sind:

- Metallbau Steinert GmbH (Hauptnutzer Zufahrt Siemensring Nord)
- Logistikdienstleister Hempel & Co. KG (Tageszufahrten ca. 45 Lkw/Tag)
- Autowerkstatt Faber GmbH (direkte Anlieferung Ersatzteile aus Lieferverkehr)

Die VBF sieht im Bauzeitenplan Einschränkungen der Nachtarbeit auf das unvermeidbare Minimum vor; Hauptarbeiten sollen werktags zwischen 07:00 und 18:00 Uhr stattfinden.

4.3 Kleingärten

Der Kleingartenverein West e.V. hat in einer informellen Vorgespräch (15.07.2024) signalisiert, dass er einer Umsiedlung der betroffenen Parzelle grundsätzlich nicht abgeneigt sei, jedoch Ersatzland mit gleicher Bonität fordere. Formale Einwendungen im Planfeststellungsverfahren sind gleichwohl zu erwarten.

4.4 Schulstandort Grundschule Nord (Variante B)

In der Vorzugsvariante B liegt die nächste neue Haltestelle (H2 "Kleingärten West") ca. 320 m von der Grundschule Nord entfernt. Dies verbessert die ÖPNV-Erreichbarkeit der Schule gegenüber dem Busangebot. Die Schulleitung hat in einer Vorabstimmung (Protokoll vom 18.06.2024) Interesse bekundet, für Schülerinnen und Schüler des Einzugsgebiets Westpark eine Schülermonatskarte in Kooperation mit VBF anzubieten.

5. Schnittstellen Ladeinfrastruktur und Verkehrsbetrieb

Die VBF weist darauf hin, dass die geplanten DC-Schnelllader (4 Einheiten, 150 kW je) im Bereich des künftigen P+R-Parkplatzes Westpark-Mitte betrieben werden sollen. Dies ist betrieblich sinnvoll, da dort ohnehin eine Gleichstromspeisung für den Bahnbetrieb besteht. Technisch ist die Parallelnutzung des Unterwerks für Straßenbahn und Pkw-Ladeinfrastruktur nach Rücksprache mit dem Elektrotechnikbüro Wagner & Partner (Gutachten Juli 2024) möglich, wenn eine getrennte Transformatoreneinheit vorgesehen wird (Mehrkosten ca. 95.000 Euro). Die VBF empfiehlt, diese Synergie im Planfeststellungsantrag darzustellen und dem Stadtwerk Friedrichshöfe als Betreiber der Ladeinfrastruktur vertraglich zu sichern.

6. Empfehlungen der VBF

1. Vorzugsvariante B in die Planfeststellungsunterlagen aufnehmen.
2. Frühzeitige freihändige Grunderwerbsverhandlungen mit dem Kleingärtnerverein West e.V. aufnehmen; Ersatzparzelle anbieten.
3. Koordinationsgespräch mit Westmark Netz GmbH zur Leitungsumlegung führen.
4. Synergiepotenzial Ladeinfrastruktur / Unterwerk in Planfeststellungsantrag integrieren.
5. Bauzeitenplan mit Gewerbetreibenden Siemensring abstimmen; schriftliche Vereinbarung über Zufahrtsrechte während der Bauphase schließen.
6. Erörterungstermin auf Oktober 2026 terminieren; hierfür ausreichend personelle Ressourcen im Planungsamt und bei VBF einplanen.

7. Fazit

Die Vorzugsvariante B ist aus Sicht der VBF betrieblich, verkehrlich und wirtschaftlich die geeignetste Lösung für die Verlängerung der Linie 7 in den Westpark. Die identifizierten Betroffenheiten sind lösbar. Die VBF steht für alle weiteren Abstimmungen zur Verfügung.

Verkehrsbetriebe Friedrichshöfe GmbH

Bereich Planung und Infrastruktur

Dipl.-Ing. Christoph Adler, Leiter Infrastrukturplanung

Friedrichshöfe, 14. August 2024

Anlagen:

- Anlage 1: Betrieblicher Erläuterungsbericht Linie 7 Westast (VBF-intern)
- Anlage 2: Haltestellenblätter H1–H4 (Vorplanungsstand)
- Anlage 3: Grunderwerbsplan Vorzugsvariante B (M 1:2.500)
- Anlage 4: Auszug Gutachten Wagner & Partner – Unterwerk Siemensring (Juli 2024)

Datei: 03_strassenbahn/planfeststellungsbeschluss_auszug.md

Vorschau: planfeststellungsbeschluss_auszug

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

BEZIRKSREGIERUNG WESTMARK

Dezernat 25 – Planfeststellung ÖPNV

Musterplatz 1, 48147 Münsterhausen

Datum: 17. März 2027 | AZ: PF-2025/478-VBF

PLANFESTSTELLUNGSBESCHLUSS

Verlängerung Straßenbahnlinie 7 Westast, Stadt Friedrichshöfe

— Auszug: Tenor und ausgewählte Nebenbestimmungen —

A. TENOR

I. Planfeststellung

Der Plan für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 (Westast) in der Stadt Friedrichshöfe wird festgestellt. Antragstellerin ist die Verkehrsbetriebe Friedrichshöfe GmbH (VBF).

Dem Vorhaben liegen die von der Antragstellerin vorgelegten und geprüften Planunterlagen (Stand: 15. September 2026 / 22. Oktober 2026 überarbeitet) zugrunde. Die festgestellten Pläne sind mit dem Siegel der Planfeststellungsbehörde versehen.

II. Konzentrationswirkung (§ 75 Abs. 1 VwVfG NRW)

Gehwegsondernutzungserlaubnis nach § 18 StrWG NRW für Haltestellenbauwerke H1–H4

Baugenehmigung nach § 60 BauO NRW 2018 für Haltestellen H3 und H4

Einvernehmen nach § 36 BauGB für die Inanspruchnahme von Straßenland

III. Ausnahmen / Befreiungen

Ausnahme nach § 41 Abs. 2 BNatSchG für 2 Fledermausquartiere (Zwergfledermaus), Ausgleich durch Maßnahme M7 (10 Fledermaus-Flachkästen, Siemensring-Grünzug).

Befreiung nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vom LSG-Verbot für unterirdische Gleichstromkabelverbindung Unterwerk – Westpark-Mitte (ca. 2,8 km).

B. NEBENBESTIMMUNGEN (AUSWAHL)

B.1 Schallschutz

NS 1: Vor Inbetriebnahme Km 0+000–0+480: Prognosemessung nach DIN 45641 an IO 1 (Gartenstraße 14) und IO 2 (Siemensring 23). Bei Grenzwertüberschreitung: aktive oder passive Schutzmaßnahmen auf Kosten der Antragstellerin.

NS 2: Im Kurvenbereich Einmündung Rosenstraße (km 0+210, R=40 m): Schienenschmierung oder gleichwertige Maßnahme. Wirksamkeitsnachweis 6 Monate nach Betriebsaufnahme.

NS 3: Erschütterungserzeugende Bauarbeiten Gartenstraße 8–22 nur Mo–Fr 07:00–18:00 Uhr. Ausnahmen mit Zustimmung der Behörde.

NS 4: Bauzeitenplan mit standortbezogenen Lärmprognosen (AVV Baulärm) 4 Wochen vor Baubeginn einreichen.

NS 5: Bürgerhotline einrichten (Mo–Fr 08:00–18:00 Uhr); Beschwerden binnen 5 Werktagen beantworten.

B.2 Naturschutz / Eingriff-Ausgleich

NB 1: Kompensationsmaßnahmen M1–M12 spätestens 12 Monate nach Fertigstellung umsetzen; Fertigstellung der UNB anzeigen.

NB 2: Fledermaus-Flachkästen (M7) vor Baumfällungen aufhängen; Ökologische Fachkraft für 2 Vegetationsperioden; Jahresberichte an UNB bis 30.11.

NB 3: Baumfällungen ausschließlich außerhalb Brutschutzzeit (01.03.–30.09.), § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG.

NB 4: Ausgleichsgrundstück Siemensring-Grünzug (Flurstück 4/07): Pflege als Gehölzfläche mind. 30 Jahre; dingliche Sicherung (Grunddienstbarkeit) vor Baubeginn.

NB 5: Bodenkundliche Baubegleitung (BBB) für Abschnitte mit Baumwurzel-Eingriff; BBB namentlich der Behörde zu benennen.

B.3 Verkehr während Bauphase

VB 1: Verkehrsführungskonzept spätestens 6 Wochen vor Baubeginn; Abstimmung mit Ordnungsamt und Polizei.

VB 2: Zufahrt Metallbau Steinert GmbH (Siemensring 12) mind. 5 Tage/Woche für Schwertransporte sicherstellen.

VB 3: Ersatzparkplätze (mind. 8 Stpl., davon 1 Schwerbehindertenparkplatz) innerhalb 300 m während Sperrung Längsparkstreifen Gartenstraße (ca. 14 Monate).

C. RECHTSBEHELFSBELEHRUNG

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (OVG NRW), Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster, erhoben werden (§ 48 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 VwGO). Klagen haben nach § 28 Abs. 1a PBefG i.V.m. § 29 Abs. 6 S. 2 PBefG hinsichtlich gemeinwohlschützender Maßnahmen keine aufschiebende Wirkung;

vorläufiger Rechtsschutz nach §§ 80a, 80 Abs. 5 VwGO bleibt vorbehalten.

Bezirksregierung Westmark

Regierungsvizepräsident Dr. Ernst-Dieter Falkenbusch

Münsterhausen, 17. März 2027

(Dieser Beschluss ist ein Auszug; der vollständige Beschluss umfasst 187 Seiten mit Anlagen.)

Datei: 04_ladeinfrastruktur/ladepunkte_netzanschluss.md

Aktenvermerk – Ladeinfrastruktur E-Mobilität: Netzanschluss, Sondernutzung und Betreibermodell

Stadt Friedrichshöfe | Planungsamt (Amt 61)

Vermerk-Nr.: AV-PA-2025-042

Datum: 17. März 2025

Verfasser: Dipl.-Verww. Jonas Pfeiffer, Sachgebiet Verkehrsinfrastruktur

Verteiler: Amtsleitung (Frau Kreutzmann), SWF GmbH (Herr Römer), Rechtsamt (Frau Dr. Holst), Ordnungsamt (Herr Bauer)

Betreff: Sachstandsbericht und offene Rechtsfragen – Aufbau öffentlicher Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet Friedrichshöfe (16 AC-Ladepunkte, 4 DC-Schnelllader); Netzanschlussangebot SWF/Westmark Netz; Sondernutzung Gehwegflächen; Betreibermodell

I. Anlass und Ausgangslage

Mit Ratsbeschluss vom 24. September 2024 (DS-2024/0847, Ziff. 5) wurde das Planungsamt beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von 16 AC-Ladepunkten (Typ-2, 22 kW) und 4 DC-Schnellladern (CCS, 150 kW) auf öffentlichen Flächen zu klären, das Betreibermodell zu evaluieren und dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr (ASV) bis zum 30. Juni 2025 eine entscheidungsreife Vorlage zu unterbreiten. Dieser Aktenvermerk fasst den Sachstand vom 17. März 2025 zusammen und identifiziert die noch offenen Rechtsfragen.

Das Vorhaben fügt sich ein in die Ziele des kommunalen Klimaschutzkonzepts Friedrichshöfe 2030 (Stadtratsbeschluss vom 04.02.2021), das u. a. die Steigerung des Anteils der Elektromobilität im Stadtgebiet auf 15 % des Pkw-Bestands bis 2030 vorsieht. Zugleich soll durch die Ladeinfrastruktur eine Grundlage für die Vermarktung von THG-Quoten durch das Stadtwerk Friedrichshöfe GmbH (SWF) geschaffen werden.

II. Technische Planung – Standorte und Ausstattung

1. Geplante Standorte

Das SWF hat in Abstimmung mit dem Planungsamt 20 Aufstellorte vorgeschlagen, die im beigefügten Lageplan (Anlage 1) dargestellt sind. Nach einer ersten Standortbewertung (Kriterien: Netzanschlusskapazität, Gehwegbreite, Frequentierung, Sichtbarkeit) wurden folgende prioritäre Standorte identifiziert:

Nr.	Standort	Anzahl AC	Anzahl DC	Flächenart
S1	Rathausplatz (Südseite)	4	1	Öffentl. Parkplatz
S2	Marktstraße 12–18 (Gehweg)	2	0	Gehwegfläche
S3	Siemensring Süd (P+R-Anlage)	4	2	Kommunalstraße
S4	Westpark-Boulevard (künftig)	4	1	Neubaufäche
S5	Bahnhofstraße (Stadteinfahrt)	2	0	Gehwegfläche

Die Standorte S2 und S5 liegen auf Gehwegflächen, was eine Sondernutzungserlaubnis nach Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW) erfordert.

2. Netzanschluss

Das SWF hat beim zuständigen Verteilnetzbetreiber Westmark Netz GmbH am 03. Februar 2025 ein Netzanschlussbegehren nach § 18 EnWG gestellt. Das Netzanschlussangebot liegt noch nicht vor; die gesetzliche Frist (8 Wochen nach § 18 Abs. 1 S. 3 EnWG) läuft am 31. März 2025 ab. Nach informeller Rückmeldung der Westmark Netz GmbH (Telefonat Herr Römer/SWF mit Herrn Dr. Schneider/Westmark Netz, 28.02.2025) ist für die DC-Schnelllader an Standort S3 ein separater Transformatorenabgang (630 kVA) erforderlich; die Kosten trägt nach § 19 Abs. 3 EnWG i.V.m. der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) im Wesentlichen der Anschlussnehmer (Kostenschätzung Westmark Netz: ca. 68.000 Euro). Für die AC-Standorte reicht eine Erweiterung vorhandener Hausanschlüsse.

III. Rechtsfragen

1. Sondernutzung Gehwegflächen (§§ 18, 21 StrWG NRW)

Die Aufstellung von Ladeinfrastruktur auf öffentlichen Gehwegen stellt eine Sondernutzung im Sinne von § 18 Abs. 1 StrWG NRW dar, da sie über den Gemeingebrauch hinausgeht und die Fläche auf Dauer für verkehrsfremde Zwecke in Anspruch nimmt. Zuständig für die Erlaubniserteilung ist das Ordnungsamt als Straßenverkehrsbehörde (§ 18 Abs. 2 StrWG NRW). Erforderlich ist ein Nachweis, dass

- die verbleibende Gehwegbreite den Anforderungen der DIN 18040-3 (Barrierefreiheit) genügt (Minstdurchgangsbreite: 1,50 m, empfohlen 1,80 m);
- keine übergeordneten Belange des Straßenverkehrs entgegenstehen (Stellungnahme Polizeiinspektion);
- eine Sondernutzungsgebühr nach der Sondernutzungsgebührensatzung der Stadt Friedrichshöfe (§ 19 StrWG NRW) erhoben wird (aktuelle Satzung: Drucksache DS-2022/1104).

Bewertung Planungsamt: Standort S2 (Marktstraße) ist kritisch: Die Gehwegbreite beträgt an der engsten Stelle 2,30 m; nach Aufstellung der Ladesäule verbleiben ca. 1,75 m – dies entspricht der Mindestanforderung, ist aber als Engpass zu dokumentieren. Eine Vollprüfung durch Straßenverkehrsbehörde und Polizei ist erforderlich, bevor die Sondernutzungserlaubnis beantragt wird.

2. Betreibermodell

Zwei Modelle wurden untersucht:

Modell A – SWF als alleiniger Betreiber: Das SWF betreibt alle Ladepunkte unter eigenem Namen, schließt Verträge mit Roamingnetzwerken (z. B. HUBJECT, Ladenetz.de), rechnet die THG-Quote nach § 37a BImSchG i.V.m. der 38. BImSchV selbst ab. Vorteil: volle Kontrolle, 100 % der THG-Erlöse bei SWF. Nachteil: Erfordernis umfangreichem Aufbau einer CPMS-Infrastruktur (Charge Point Management System), Personalaufwand, Betriebsrisiko vollständig bei SWF.

Modell B – Kooperation SWF / privater CPO: Der private Charge Point Operator (CPO; nach aktuellem Prüfstand: Ionity GmbH oder ChargePoint Inc., Auswahl noch offen) errichtet und betreibt die Ladeinfrastruktur auf eigene Kosten, zahlt SWF eine Standortmiete und teilt die THG-Erlöse (Vorschlag CPO: 40 % SWF / 60 % CPO). Das SWF tritt als Eigentümer der Standfläche auf. Vorteil: kein Betriebsrisiko bei SWF, geringere Anfangsinvestition. Nachteil: geringere THG-Erlöse für Stadt/SWF; Abhängigkeit vom CPO; Vergaberechtsfrage (s. unten, Ziff. 3).

3. Vergaberechtliche Fragen bei Kooperationsmodell B

Die Beauftragung eines privaten CPO als Betreiber könnte eine vergabepflichtige Dienstleistungskonzession nach § 105 GWB i.V.m. §§ 1 ff. KonzVgV darstellen, wenn das Betriebsrisiko auf den Konzessionär übertragen wird. Bei einem geschätzten Auftragswert der Konzession von unter 5.538.000 Euro (EU-Schwellenwert 2024 nach Art. 8 Konzessions-RL 2014/23/EU) wäre kein EU-Vergabeverfahren erforderlich; nationale Regelungen (§§ 105, 147 GWB, UVgO) wären dennoch zu beachten. Das Rechtsamt wird gebeten, bis zum 30. April 2025 ein Vergaberechtsgutachten vorzulegen.

4. THG-Quote – Rechtlicher Rahmen

Nach § 37a Abs. 1 BImSchG i.V.m. der 38. BImSchV sind Mineralölunternehmen verpflichtet, eine Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote) zu erfüllen. Öffentlich zugängliche Ladepunkte für Elektrofahrzeuge können als Erfüllungsgehilfen auftreten, indem der von ihnen abgegebene Ladestrom als Bilanzmenge angerechnet wird. Voraussetzung ist die Registrierung des Ladepunktbetreibers bei der Bundesnetzagentur und die Übermittlung der Ladedaten nach § 2 Abs. 4 der 38. BImSchV. Das SWF hat diese Registrierung noch nicht vorgenommen; sie sollte im dritten Quartal 2025 parallel zur Inbetriebnahme der ersten Ladepunkte erfolgen.

Erlöspotenzial (Schätzung): Bei einem unterstellten mittleren Jahresverbrauch von 2.500 kWh/Ladepunkt und einem THG-Quotenpreis von 0,30 Euro/kg CO₂-Äquivalent (Marktniveau Q1 2025) ergibt sich ein Jahreserlös von ca. 28.000 Euro für alle 20 Ladepunkte. Dieser Wert ist als grober Richtwert zu verstehen; der THG-Quotenmarkt unterliegt erheblichen Preisschwankungen.

IV. Offene Punkte und weiteres Vorgehen

Nr.	Offener Punkt	Zuständig	Frist
1	Netzanschlussangebot Westmark Netz GmbH abwarten und prüfen	SWF / Planungsamt	31.03.2025
2	Vergaberechtsgutachten Betreibermodell B	Rechtsamt	30.04.2025
3	Vollständige Gehwegbreiten-Messung Standort S2 und S5	Ordnungsamt	30.04.2025
4	Abstimmungsgespräch mit Polizeiinspektion zu Standort S2	Ordnungsamt	15.04.2025

Nr.	Offener Punkt	Zuständig	Frist
5	Beschlussvorlage für ASV	Planungsamt	30.06.2025
6	Förderantrag Bundesförderprogramm "Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge" (BMDV)	SWF / Planungsamt	Q3 2025
7	Registrierung SWF bei BNetzA für THG-Quote	SWF	Q3 2025 (vor Inbetriebnahme)

V. Fazit

Die technische Machbarkeit der geplanten Ladeinfrastruktur steht grundsätzlich außer Frage. Die entscheidenden Weichenstellungen betreffen in den nächsten Wochen (1) das Betreibermodell und dessen vergaberechtliche Implikationen sowie (2) die Klärung der Sondernutzungsfähigkeit der Gehwegstandorte S2 und S5. Das Planungsamt empfiehlt, bis zur Entscheidung über das Betreibermodell keine weiteren bindenden Zusagen gegenüber einem privaten CPO zu machen.

Friedrichshöfe, 17. März 2025

Dipl.-Verw. Jonas Pfeiffer | Planungsamt | Sachgebiet Verkehrsinfrastruktur

Anlagen:

- Anlage 1: Lageplan Standorte S1–S5 (M 1:5.000)
- Anlage 2: Übersicht Betreibermodelle A und B (intern)
- Anlage 3: Netzanschlussbegehren SWF an Westmark Netz vom 03.02.2025

Datei: 05_parkraum_wirtschaftsverkehr/ladeszonenkonzept_stellungnahme.md

E-Mail: Stellungnahme der Bürgerinitiative "Westpark lebenswert e.V." zum Ladeszonenkonzept

Von: buergerinitiative-westpark@posteo.de

An: planungsamt@friedrichshoeffe.de

Cc: stadtrat@friedrichshoeffe.de; ordnungsamt@friedrichshoeffe.de;
verkehrsbetriebe@vbf-friedrichshoeffe.de

Betreff: Stellungnahme BI Westpark lebenswert e.V. – Wirtschaftsverkehrs- und Ladeszonenkonzept der Stadt Friedrichshöfe; Einwände und Forderungen

Datum: 14. Juli 2026, 09:42 Uhr

Anhänge: BI_Westpark_Ladeszonenkonzept_Stellungnahme_Juli2026.pdf (238 KB);
Fotodokumentation_Lieferverkehr_Marktstrasse_Jun2026.pdf (1,4 MB)

Sehr geehrte Damen und Herren des Planungsamts,

die Bürgerinitiative "Westpark lebenswert e.V." nimmt mit diesem Schreiben – stellvertretend für 847 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner unserer Petition (Stand: 10. Juli 2026) – Stellung zum Entwurf des Wirtschaftsverkehrs- und Ladeszonenkonzepts der Stadt Friedrichshöfe (Vorlage DS-2026/0311, Beschlussfassung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr vorgesehen für den 21. Juli 2026).

Wir begrüßen grundsätzlich, dass die Stadt das seit Jahren bestehende Problem des Lieferverkehrs in zweiter Reihe in der Marktstraße und am Siemensring endlich konzeptionell angehen will. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind jedoch aus unserer Sicht in wesentlichen Punkten unzureichend oder ohne hinreichende Rechtsgrundlage. Im Einzelnen:

1. Ladezone Marktstraße (Zone L1): Zu kurze Betriebszeiten, fehlende Kontrolle

Das Konzept sieht für die neue Ladezone L1 in der Marktstraße eine Betriebszeit von täglich 07:00 bis 11:00 Uhr vor (zeitlich beschränktes Halteverbot außerhalb dieser Zeit). Lieferverkehr findet in der Marktstraße jedoch nachweislich auch in den Mittags- und Nachmittagsstunden statt (unsere Fotodokumentation, Anlage 2, belegt dies an 14 Erhebungstagen im Juni 2026 zwischen 11:30 und 14:30 Uhr).

Wir fordern, die Betriebszeiten der Ladezone L1 auf 07:00 bis 14:00 Uhr auszuweiten. Gleichzeitig muss das Ordnungsamt sicherstellen, dass die Zone durch regelmäßige Kontrollen (mind. zweimal täglich in den Betriebsstunden) tatsächlich frei gehalten wird. Die bisherige Kontrolldichte ist nach unserer Erfahrung vollkommen unzureichend: Im gesamten ersten Halbjahr 2026 wurden in der Marktstraße nach Auskunft des Ordnungsamts lediglich 14 Verwarngelder wegen unzulässigen Haltens in Ladezonen verhängt – das entspricht weniger als einem Verwarngeld pro Woche, obwohl täglich Dutzende Verstöße stattfinden.

2. Hol- und Bringzone Schule Nord (Zone L2): Standort ungeeignet

Für die geplante Hol- und Bringzone L2 vor der Grundschule Nord schlägt das Konzept einen Standort auf der Birkenweg-Seite des Schulgeländes vor. Wir haben diesen Standort gemeinsam mit Elternvertreterinnen und Elternvertretern der Schule und dem ADFC-Ortsverband begangen und halten ihn aus folgenden Gründen für ungeeignet:

- a) Der Birkenweg hat eine Fahrbahnbreite von nur 5,80 m. Bei einem parkenden Fahrzeug in der Hol- und Bringzone verbleibt eine Restdurchfahrtsbreite von ca. 3,10 m, die für Begegnungsverkehr (zwei Pkw) nicht ausreicht. Das Konzept sieht keine Ausschilderung als Einbahnstraße vor.
- b) Der Hauptzulauf der Schülerinnen und Schüler kommt von der Gartenstraße (Norden) und nicht vom Birkenweg (Süden). Eine Hol- und Bringzone am Birkenweg verlängert den Fußweg zum Schuleingang auf ca. 120 m, was in der Praxis dazu führen wird, dass Eltern weiterhin an der Gartenstraße halten – entgegen der Intention des Konzepts.

Wir schlagen stattdessen vor, die Hol- und Bringzone auf dem Schulhof der Grundschule Nord einzurichten (für den Bringeverkehr per Durchfahrtsbetrieb auf dem Schulgeländevorplatz). Die Schulleitung hat uns gegenüber signalisiert, dass sie diesen Vorschlag prüfen würde. Wir bitten das Planungsamt, diesen Alternativstandort in die Konzeptüberarbeitung aufzunehmen.

3. Ladeszonenkonzept für E-Mobilität: Fehlende Interoperabilität

Das Konzept des Stadtwerks Friedrichshöfe (SWF) für die öffentlichen Ladeinfrastruktur sieht eine Bezahlung ausschließlich über die SWF-eigene App und Ladekarte vor. Wir sehen darin einen Verstoß gegen das Gebot der Diskriminierungsfreiheit beim Zugang zu öffentlich geförderter Ladeinfrastruktur. Gemäß § 5 Abs. 3 der Ladesäulenverordnung (LSV) müssen öffentlich zugängliche Ladepunkte eine Ad-hoc-Ladefähigkeit ohne Registrierung ermöglichen; dies schließt die Zahlung per Debit- oder Kreditkarte ein. Wir fordern das Planungsamt auf, diese Anforderung als verbindliche Bedingung in den

Kooperationsvertrag mit dem CPO aufzunehmen und die Einhaltung zu überwachen.

Darüber hinaus fehlt im Konzept eine Regelung zur Interoperabilität zwischen verschiedenen Roaming-Netzwerken. Wir bitten um Aufnahme einer Verpflichtung, dass alle öffentlichen Ladepunkte in Friedrichshöfe an mindestens zwei der bundesweit etablierten Roamingnetzwerke (z. B. Ladenetz.de, HUBJECT/eRoaming) teilnehmen müssen.

4. Vergaberechtliche Fragen beim Betreibermodell

Wir sind nicht rechtskundig, aber wir haben die im Rahmen des Projekts zirkulierenden Informationen zur Kenntnis genommen, dass die Stadt erwägt, den privaten CPO ohne formelles Vergabeverfahren zu beauftragen. Sollte das der Fall sein, regen wir an, diese Frage vorab gutachterlich zu klären. Wir verweisen auf die einschlägige Rechtsprechung des EuGH zu Dienstleistungskonzessionen (u. a. EuGH, Urt. v. 10.09.2009 – C-206/08, WAZV Gotha), wonach auch Konzessionen mit erheblichem wirtschaftlichem Wert dem Grundsatz der Transparenz und Nichtdiskriminierung unterliegen. Im Zweifel empfehlen wir, ein formelles Konzessionsvergabeverfahren nach §§ 97 ff. GWB durchzuführen.

5. Öffentlichkeitsbeteiligung am Ladeszonenkonzept

Das Konzept wurde offenbar ohne nennenswerte öffentliche Beteiligung entwickelt. Weder gab es eine Anwohnerversammlung noch eine Beteiligung der betroffenen Gewerbetreibenden. Wir fordern, vor der Beschlussfassung im ASV eine öffentliche Informationsveranstaltung durchzuführen und das Konzept anschließend für mindestens zwei Wochen auf der städtischen Beteiligungsplattform (Beteiligung.friedrichshoeffe.de) zur Kommentierung bereitzustellen.

Zusammenfassung unserer Forderungen

1. Betriebszeiten Ladezone L1 (Marktstraße): Verlängerung auf 07:00–14:00 Uhr; Kontrollkonzept Ordnungsamt.
2. Alternativstandort Hol- und Bringzone Schule Nord (L2): Prüfung Schulhof-Durchfahrtsbetrieb.
3. Ad-hoc-Ladefähigkeit und Kartenakzeptanz an allen Ladepunkten gemäß § 5 Abs. 3 LSV verbindlich vorschreiben.
4. Interoperabilitätspflicht: Teilnahme an min. 2 Roamingnetzwerken.
5. Vergaberechtskonformes Verfahren für Betreiberauswahl CPO (Gutachten oder formelles Verfahren).
6. Öffentliche Informationsveranstaltung und Online-Beteiligung vor Beschlussfassung.

Wir bitten um schriftliche Stellungnahme zu unseren Punkten und eine Einladung zur Ausschusssitzung am 21. Juli 2026, um unsere Position persönlich vortragen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative "Westpark lebenswert e.V." Vorstand: Margit Schönfeld (1. Vorsitzende), Dr. Reinhard Paasch (2. Vorsitzender), Petra Klose (Schatzmeisterin) Westparkstraße 3, 47112 Friedrichshöfe E-Mail: buergerinitiative-westpark@posteo.de Website: www.westpark-lebenswert.de

Anlagen:

- *BI_Westpark_Ladeszonenkonzept_Stellungnahme_Juli2026.pdf*
- *Fotodokumentation_Lieferverkehr_Marktstrasse_Jun2026.pdf*

Antwort des Planungsamts

Von: planungsamt@friedrichshoe.de

An: buergerinitiative-westpark@posteo.de

Betreff: AW: Stellungnahme BI Westpark lebenswert e.V. – Ladeszonenkonzept; Eingangsbestätigung und erste Einschätzung

Datum: 17. Juli 2026, 14:21 Uhr

Sehr geehrte Frau Schönfeld, sehr geehrter Herr Dr. Paasch,

vielen Dank für Ihre ausführliche Stellungnahme vom 14. Juli 2026. Das Planungsamt nimmt Ihre Anmerkungen ernst und wird diese vor der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Verkehr am 21. Juli 2026 in einer Kurzsynapse zusammenfassen, die dem Ausschuss vorgelegt wird.

Zu Punkt 3 (Ad-hoc-Ladefähigkeit) können wir Ihnen mitteilen, dass die Anforderung des § 5 Abs. 3 LSV im Vertragsentwurf mit dem CPO bereits als verbindliche Klausel vorgesehen ist; das war zu keinem Zeitpunkt strittig. Zu den übrigen Punkten nehmen wir in der Ausschusssitzung Stellung.

Bezüglich der Einladung zur Ausschusssitzung am 21. Juli 2026: Der öffentliche Teil der Sitzung beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal A des Rathauses. Rederecht im Ausschuss haben nur Ausschussmitglieder; jedoch besteht eine offene Fragestunde zu Beginn der Sitzung (bis 17:30 Uhr), in der Sie Ihre Anliegen mündlich vortragen können.

Mit freundlichen Grüßen Dipl.-Verww. Jonas Pfeiffer Planungsamt der Stadt Friedrichshöfe, Sachgebiet Verkehrsinfrastruktur Rathausplatz 1, 47112 Friedrichshöfe | Tel. 02361 / 91-3312

Datei: 06_schulwegsicherheit/gefahrenstellen.md

Aktenvermerk – Schulwegsicherheit Grundschule Nord: Gefahrenstellen, Maßnahmenplanung, Tempo-30-Zone

Stadt Friedrichshöfe | Planungsamt (Amt 61) in Abstimmung mit Ordnungsamt (Amt 32)

Vermerk-Nr.: AV-PA-2025-018

Datum: 14. November 2025

Verfasser: Dipl.-Ing. (FH) Katrin Weller, Sachgebiet Verkehrsplanung

Mitbearbeitung: Ordnungsamt, Sachgebiet Straßenverkehr (Frau Renner); Schulträger (Herr Dohmen)

Verteiler: Amtsleitung (Frau Kreutzmann), Dezernentin III (Frau Bürgermeisterin-Stellvertreterin Dr. Scholl), Polizeiinspektion Friedrichshöfe (Herrn KHK Lange), Schulleitung Grundschule Nord (Frau Ritter)

Betreff: Sachstandsbericht und Maßnahmenplanung zur Schulwegsicherheit an der Grundschule Nord (Gartenstraße 45); Bearbeitung der Gefahrenmeldung der Polizeiinspektion vom 23.09.2025; Prüfauftrag Tempo-30-Zone und bauliche Querungshilfe

I. Ausgangslage: Gefahrenmeldung und Stadtratsbeschluss

Am 22. September 2025 ereignete sich unmittelbar vor dem Haupteingang der Grundschule Nord, Gartenstraße 45, ein Beinahe-Unfall, bei dem eine Schülerin der 2b-Klasse beim Überqueren der Gartenstraße von einem anfahrenden Pkw erfasst und leicht verletzt wurde. Das Fahrzeug war zuvor auf

der Fahrbahn geparkt, um die Schülerin abzusetzen (sog. Elterntaxi). Die Polizeiinspektion Friedrichshöfe fertigte eine Gefahrenmeldung nach § 44 Abs. 2 StVO (Verkehrsbehördliche Zusammenarbeit) und übersandte diese mit Schreiben vom 23.09.2025 (AZ: PI-FH-2025/3841) an das Ordnungsamt der Stadt.

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 14. Oktober 2025 (DS-2025/0412) das Planungsamt und das Ordnungsamt beauftragt, gemeinsam ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Schulwegsicherheit an der Grundschule Nord zu erarbeiten und bis zum 31. März 2026 eine entscheidungsreife Beschlussvorlage vorzulegen. Dieser Aktenvermerk gibt den Sachstand und die bislang identifizierten Maßnahmen wieder.

II. Bestandsaufnahme und Gefahrenstellen

1. Örtliche Situation

Die Grundschule Nord liegt an der Gartenstraße 45, einer innerstädtischen Sammelstraße mit zweistreifigem Querschnitt (Fahrbahnbreite 6,50 m), beidseitigem Gehweg (Breite je ca. 2,20–2,80 m) und Längsparkstreifen auf der östlichen Seite (28 Stellplätze, bewirtschaftet Mo–Sa 08:00–20:00 Uhr). Das zulässige Höchsttempo beträgt außerhalb der Schulzeiten 50 km/h; eine besondere Schulstraßenbeschilderung existiert bislang nicht. Die Schule hat ca. 420 Schülerinnen und Schüler; der morgendliche Bringe-Verkehr konzentriert sich zwischen 07:40 und 08:10 Uhr.

2. Identifizierte Gefahrenstellen

Das Planungsamt hat in einer Ortsbesichtigung am 05. November 2025 (Teilnehmer: Fr. Weller/Planungsamt, Fr. Renner/Ordnungsamt, KHK Lange/Polizei, Fr. Ritter/Schulleitung) folgende Gefahrenstellen identifiziert:

G1 – Querung Gartenstraße am Schuleingang (Hauptgefährdung): Schülerinnen und Schüler queren die Gartenstraße an einer ungesicherten Stelle ca. 18 m östlich des Schuleingangs. Eine Fußgängerfurt (Zebrastreifen) oder Querungshilfe existiert nicht. Der Sichtbereich ist durch parkende Fahrzeuge im Längsparkstreifen deutlich eingeschränkt; Sichtweiten betragen teilweise weniger als 20 m.

G2 – Elterntaxizone (Halteverbot de facto nicht eingehalten): Im Bereich des Schuleingangs und auf der gegenüberliegenden Fahrbahnseite parken und halten Elternfahrzeuge trotz eingeschränkten Halteverbots (Zeichen 286 StVO, Montag–Freitag) in zweiter Reihe und auf dem Gehweg. Die Polizeiinspektion hat im Zeitraum 01.09.–22.09.2025 an 12 Kontrolltagen insgesamt 78 Verstöße geahndet; die Situation besserte sich kurzfristig, normalisierte sich aber innerhalb weniger Wochen.

G3 – Fehlende Sichtbeziehung östliche Zufahrt: Aus der Einmündung der Rosenstraße (T-Einmündung, Vorfahrt Gartenstraße) ist die Querungsstelle G1 aufgrund des Längsparkstreifens und der Bepflanzung erst auf weniger als 15 m einsehbar. Dies entspricht nicht den Anforderungen der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt 06) an Einmündungen in der Nähe von Schulen.

G4 – Fehlender Schulwegplan und mangelnde Beschilderung: Ein amtlicher Schulwegplan (Empfehlung der Unfallkasse NRW) liegt für die Grundschule Nord nicht vor. Beschilderung nach § 42 StVO (Zeichen 136 "Kinder") existiert nur an einer der zwei wesentlichen Zufahrten.

III. Vorgeschlagenes Maßnahmenpaket

Maßnahme 1: Einrichtung einer Tempo-30-Zone (§ 45 Abs. 1b Nr. 5 StVO)

Nach § 45 Abs. 1b Nr. 5 StVO können die zuständigen Straßenverkehrsbehörden Tempo-30-Zonen vor Schulen, Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen auf bestimmten Straßen anordnen, wenn dies zum Schutz der Bevölkerung – insbesondere von Kindern – geboten ist. Eine dauerhafte Tempo-30-Zone (kein zeitlich beschränktes Schild) ist nach aktueller Rechtsprechung des BVerwG (BVerwG, Urt. v. 23.09.2010

– 3 C 37.09) zulässig, wenn eine besondere Gefahrenlage für schutzbedürftige Verkehrsteilnehmer vorliegt und eine entsprechende Straßenverkehrsbehördliche Anordnung ergeht.

Das Ordnungsamt Friedrichshöfe hält die Voraussetzungen angesichts der dokumentierten Gefahrenmeldung der Polizei, des Beinahe-Unfalls und der baulichen Gegebenheiten für gegeben. Vorgesehen ist eine Tempo-30-Zone auf folgendem Streckenabschnitt:

- **Gartenstraße** zwischen Einmündung Rosenstraße (östlich) und Einmündung Birkenweg (westlich), Länge ca. 220 m
- Einbeziehung der Rosenstraße (erste 80 m ab Einmündung) sowie des Schulwegs/Gehwegs Pfalzgrafenweg

Die Anordnung der Tempo-30-Zone liegt im Ermessen der Straßenverkehrsbehörde (§ 45 Abs. 1b StVO); eine Ermessensreduzierung auf Null ist angesichts der Gefahrenmeldung der Polizei und des Beinahe-Unfalls gut begründbar. Die rechtliche Absicherung durch ein Sachverständigengutachten (Verkehringenieur) wird empfohlen.

Maßnahme 2: Bauliche Querungshilfe an Gefahrenstelle G1

An der Querungsstelle G1 soll eine bauliche Querungshilfe in Form eines Gehwegvorsprungs (Gehwegkap) auf der östlichen Seite errichtet werden. Dies verkürzt die Querbauweite von 6,50 m auf ca. 3,80 m, verbessert die gegenseitige Sichtbarkeit von Fahrzeugführenden und Fußgängerinnen/Fußgängern und verdrängt den Parkstreifen aus dem Konfliktbereich. Kosten: ca. 28.000 Euro (Schätzung Tiefbauamt).

Optional kann eine Bedarfsampel (Lichtzeichenanlage nach § 43 StVO) ergänzt werden; dies erhöht die Kosten auf ca. 65.000 Euro, bietet jedoch eine höhere Verbindlichkeit für Fahrzeugführende. Die endgültige Entscheidung soll mit der Polizeiinspektion abgestimmt werden.

Maßnahme 3: Einrichtung einer Hol- und Bringzone (Elterntaxizone)

Zur Entschärfung der Gefahrenstelle G2 soll im Bereich des Schulparkplatzes (Westseite, Zufahrt Birkenweg) eine offizielle Hol- und Bringzone für Elternfahrzeuge eingerichtet werden. Diese Zone soll:

- mit Zeichen 237/240 StVO (Fahrradweg/Fußweg) räumlich abgegrenzt werden,
- Haltedauer von maximal 3 Minuten haben,
- über eine kurze Zuwegung zum Schuleingang verfügen (Planungsamt: Umsetzung im Rahmen der Umbaumaßnahmen).

Die Einrichtung der Hol- und Bringzone setzt eine Anpassung der straßenverkehrsrechtlichen Anordnungen im Schulbereich (aktuell: eingeschränktes Halteverbot) voraus. Das Ordnungsamt wird die notwendigen Verwaltungsakte vorbereiten.

Maßnahme 4: Schulwegplan und Öffentlichkeitsarbeit

Der Schulträger (Amt 40) wird gebeten, in Zusammenarbeit mit der Schulleitung und dem ADFC-Kreisverband Friedrichshöfe bis Schuljahresbeginn 2026/2027 einen aktuellen Schulwegplan zu erstellen und in gedruckter sowie digitaler Form an alle Erziehungsberechtigten auszugeben. Das Planungsamt stellt GIS-Grundlagendaten zur Verfügung. Die Unfallkasse NRW bietet eine kostenlose Beratung an (Kontakt: unfallkasse-nrw.de).

IV. Finanzierung

Die geschätzten Kosten des Maßnahmenpakets (ohne Bedarfsampel) belaufen sich auf ca. 38.000 Euro. Das Bundesförderprogramm "Sicherer Schulweg" (BMDV, Förderaufruf 2026) ermöglicht eine Förderung

von bis zu 80 % der zuwendungsfähigen Kosten. Das Planungsamt bereitet einen entsprechenden Förderantrag vor; voraussichtlicher Einreichtermin: 28. Februar 2026. Der städtische Eigenanteil (ca. 7.600 Euro) wird aus dem Haushalt des Tiefbauamts (Konto 680-61-0012) finanziert.

V. Weiteres Vorgehen und Zeitplan

Schritt	Zuständig	Termin
Abstimmungsgespräch mit Polizeiinspektion zu Maßnahmen 1–3	Ordnungsamt	30.11.2025
Verkehrsrechtliche Anordnung Tempo 30 (Entwurf)	Ordnungsamt	31.01.2026
Ausführungsplanung Querungshilfe G1	Tiefbauamt	28.02.2026
Förderantrag "Sicherer Schulweg"	Planungsamt	28.02.2026
Beschlussvorlage für Stadtrat	Planungsamt / Ordnungsamt	31.03.2026
Baubeginn Querungshilfe (vorbehaltl. Bewilligung)	Tiefbauamt	Q3 2026

Friedrichshöfe, 14. November 2025

Dipl.-Ing. (FH) Katrin Weller | Planungsamt | Sachgebiet Verkehrsplanung

Anlagen:

- Anlage 1: Lageplan Gefahrenstellen G1–G4 (M 1:500)
- Anlage 2: Gefahrenmeldung Polizeiinspektion Friedrichshöfe vom 23.09.2025 (PI-FH-2025/3841)
- Anlage 3: Protokoll Ortsbesichtigung 05.11.2025
- Anlage 4: Kostenschätzung Tiefbauamt (Stand: Nov. 2025)

Datei: 07_verfahren/widerspruch_anwohner.md

Vorschau: widerspruch_anwohner

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

Petra Klausberg

Gartenstraße 14

47112 Friedrichshöfe

Datum: 12. Mai 2026

Bezirksregierung Westmark

Dezernat 25 – Planfeststellungsstelle

Musterplatz 1

48147 Münsterhausen

Betreff: Planfeststellungsverfahren Straßenbahnverlängerung Linie 7 Westast, Stadt Friedrichshöfe – AZ
BezReg Westmark PF-2025/478-VBF

Einwendung und Widerspruch gegen die ausgelegten Planunterlagen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wende mich als unmittelbar betroffene Anwohnerin gegen die in der Zeit vom 2. März bis 1. April 2026 öffentlich ausgelegten Planunterlagen für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 (Westast) in der Stadt Friedrichshöfe. Mein Haus, Gartenstraße 14, befindet sich in unmittelbarer Nähe der geplanten Trasse (Variante B, Abschnitt Siemensring - Gartenstrasse-Einmündung), und ich sehe meine persönlichen Rechte in mehrfacher Hinsicht verletzt. Ich erhebe hiermit fristgerecht und schriftlich Einwendungen nach § 73 Abs. 4 VwVfG NRW.

1. Verlust von Stellplätzen

Die ausgelegten Planunterlagen sehen auf Höhe der Hausnummern 8–22 der Gartenstraße den Entfall von elf straßenseitigen Parkstellen vor. Ich nutze seit Jahren den Stellplatz Parkzone P3, Stellplatz Nr. 7. Eine Alternative ist im unmittelbaren Umfeld nicht in nennenswerter Zahl vorhanden. Da ich aufgrund eines Herzleidens auf den Pkw angewiesen bin (Schwerbehindertenausweis, Merkzeichen G), bin ich besonders betroffen. Ich bitte ausdrücklich, im Planfeststellungsbeschluss eine konkrete Ausgleichsregelung vorzusehen.

2. Lärmimmissionen während Bau und Betrieb

Die Schalltechnische Untersuchung (Anlage 12) weist für Gartenstraße 14 Betriebslärmpegel von tags 51 dB(A) und nachts 39 dB(A) aus. Ich bezweifle die Richtigkeit dieser Werte: Der Gutachter hat 80 Züge/Tag angesetzt, tatsächlich fallen aber bei 7,5-Minuten-Takt bis zu 160 Überfahrten täglich an.

Kurvengeräusche (Radius 40 m, Einmündung Rosenstraße) wurden nicht separat berücksichtigt. Für die Bauphase fehlt eine standortspezifische Prognose gemäß AVV Baulärm.

3. Mängel im Beteiligungsverfahren

Die 18 Ordner (ca. 4.312 Seiten) standen nur zu beschränkten Öffnungszeiten (Mo–Fr 08:00–12:00 Uhr, Di 14:00–17:00 Uhr) zur Einsicht bereit. Eine vollständige digitale Bereitstellung hat nicht stattgefunden. Ich rüge, dass das Verfahren dem Grundsatz effektiver Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 73 VwVfG NRW, § 9 UVPG) nicht genügt hat.

4. Zuständigkeit der Bezirksregierung

Ich bitte um ausdrückliche Darlegung der Zuständigkeitsgrundlage im Planfeststellungsbeschluss.

Anträge

Die Planfeststellungsunterlagen sind um eine standortspezifische Baulärmprognose für Gartenstraße 14 gemäß AVV Baulärm zu ergänzen.

Die Schalltechnische Untersuchung ist auf Basis von 160 Überfahrten/Tag und unter Berücksichtigung der Kurvengeräusche am Knoten Rosenstraße neu zu erstellen.

Im Planfeststellungsbeschluss ist eine wohnortnahe Ersatzparkregelung (max. 200 m) oder finanzielle Entschädigung für betroffene Anwohnende vorzusehen.

Die vollständigen Planunterlagen sind für den Erörterungstermin vorab digital zugänglich zu machen.

Ich behalte mir vor, weitere Einwendungen zu erheben und Rechtsmittel einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Klausberg

Gartenstraße 14, 47112 Friedrichshöfe

Datei: 08_foerderung_vergabe/foerdermittel_vergabe.md

Vorschau: foerdermittel_vergabe

> Lesbare Markdown-Vorschau der gleichnamigen DOCX-Datei. Massgeblich ist die DOCX-Originaldatei.

BUNDESMINISTERIUM FÜR DIGITALES UND VERKEHR (BMDV)

Referat A14 – Gemeindeverkehrsfinanzierung

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Datum: 18. Dezember 2026 | AZ: BMDV-A14-2025-0478-FR

ZUWENDUNGSBESCHEID

nach § 2 Abs. 1 GVFG-Bundesprogramm Verlängerung Straßenbahnlinie 7 Westast, Stadt Friedrichshöfe

Zuwendungsempfängerin:

Stadt Friedrichshöfe, vertreten durch den Stadtdirektor, Planungsamt AZ PA-2024-L7-0091, Rathausplatz 1, 47112 Friedrichshöfe

1. Tenor (Bewilligung)

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr bewilligt der Stadt Friedrichshöfe auf Basis des Antrags vom 04. März 2026 und der Ergänzungsunterlagen vom 19. September 2026 eine Bundeszuwendung nach dem GVFG-Bundesprogramm sowie den §§ 23 und 44 BHO in folgender Höhe:

Bewilligter Förderrahmen: 23.100.000,00 Euro

Dies entspricht einem Fördersatz von 60 % der als zuwendungsfähig anerkannten Kosten in Höhe von 38.500.000,00 Euro (brutto). Der Zuwendungsbetrag ist gedeckelt; Kostensteigerungen begründen keinen Anspruch auf Erhöhung.

2. Zuwendungsfähige Kosten

Kostenposition	Netto (€)	Brutto (€)
Grunderwerb	1.200.000	1.200.000
Erdbau / Gleisbau	14.700.000	17.493.000
Ingenieurbauwerke	3.200.000	3.808.000
Fahrleitungsanlage	2.800.000	3.332.000
Haltestellen	1.900.000	2.261.000
Elektrotechnik / LST	1.700.000	2.023.000
Ausgleichs-/Ersatzmaßnahmen	680.000	809.200

Kostenposition	Netto (€)	Brutto (€)
Planungskosten (max. 10 %)	2.680.000	3.189.200
Summe zuwendungsfähig	28.860.000	34.115.400

3. Bewilligungszeitraum

01. Januar 2027 bis 31. Dezember 2031. Baubeginn frühestens nach Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses und schriftlichem Mittelabruf. Vorzeitiger Maßnahmenbeginn (Nr. 1.3 ANBest-G) ist nicht genehmigt.

4. Ausgewählte Nebenbestimmungen

NB 1 – Vergabe

Alle Lieferungen/Leistungen sind nach GWB, VgV, VOB/A, UVgO zu vergeben. Vergabeverstöße können zur Rückforderung führen. Vergabedokumentation nach § 8 VgV vollständig führen.

NB 2 – Verwendungsnachweis

Zwischenverwendungsnachweis jeweils bis 31. März des Folgejahres. Abschließender Nachweis binnen 6 Monaten nach Vorhabensabschluss (Muster ANBest-G Anlage 4).

NB 3 – Prüfungsrechte

BMDV, Bundesrechnungshof (§ 91 BHO), Landesrechnungshof NRW und EU-Prüfbehörden sind berechtigt, Belege und Bücher zu prüfen.

NB 4 – Kennzeichnung

Baumaßnahmen mit BMDV-Förderlogo kennzeichnen; Gestaltungsvorgaben folgen separat.

NB 5 – Änderungen

Wesentliche Änderungen (Trasse, Kostensteigerung > 10 %, Bauzeitverzug > 12 Monate) unverzüglich anzeigen und Einwilligung einholen. Nicht angezeigte Änderungen können zur vollständigen Rückforderung führen.

NB 6 – Rückforderungsvorbehalt

Bei zweckwidriger Verwendung: Rückforderung nebst Zinsen (§ 49a Abs. 3 VwVfG; derzeit 5 Prozentpunkte über Basiszinssatz).

5. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Invalidenstraße 44, 10115 Berlin, eingelegt werden (§ 68 VwGO). Gerichtsstand: Verwaltungsgericht Berlin (§ 52 Nr. 2 VwGO).

Im Auftrag

Regierungsdirektor Klaus-Dieter Horstmann | BMDV Referat A14

Berlin, 18. Dezember 2026

Notizen und Textdateien

Datei: 01_intake/email_kommune.txt

Betreff: Straßenbahn Westast, Ladezonen, Schulwegsicherheit

Wir brauchen eine rechtliche Projektstruktur für die Straßenbahnverlängerung Westast. Parallel sollen Ladezonen für Wirtschaftsverkehr und E-Mobilität entstehen, Bewohnerparken angepasst und vor zwei Schulen Verkehrsberuhigung geprüft werden. Bitte Planfeststellung, Sondernutzung, Vergabe, Förderung und Bürgerkommunikation mitdenken.

CSV-Tabellen

Datei: 05_parkraum_wirtschaftsverkehr/lieferzonen_konzept.csv

Zone	Lage	Nutzung	Problem	Vorschlag
L1	Marktstraße	Lieferverkehr	Zweite-Reihe-Parken	zeitlich beschränkte Ladezone
L2	Schule Nord	Elterntaxis	Sicherheitsrisiko	Hol- und Bringzone außerhalb
L3	Gewerbepark	Handwerk	fehlende Kurzhalteflächen	Handwerkerladezone

Word-Dokumente

Datei: 02_planung/ratsbeschluss_entwurf.docx

STADT FRIEDRICHSHÖFE

Stadtrat – Öffentliche Sitzung vom 24. September 2024

Drucksachen-Nr. DS-2024/0847

Dezernat III – Bau, Verkehr, Stadtentwicklung

Beschlussvorlage: Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 (Westast)

Beauftragung Planfeststellungsverfahren, Variantenprüfung und Fördermittelakquise

I. Tenor (Beschlusstext)

Der Stadtrat der Stadt Friedrichshöfe beschließt:

1. Einleitung Planfeststellungsverfahren

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den Verkehrsbetrieben Friedrichshöfe GmbH (VBF) das Planfeststellungsverfahren nach § 28 PBefG i.V.m. dem Landesstraßenbahngesetz NRW für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 (Westast) einzuleiten. Die Bezirksregierung Westmark wird als zuständige Planfeststellungsbehörde angeschrieben. Die VBF wird zur Antragstellerin bestimmt; das Planungsamt übernimmt die Verfahrenskoordination auf kommunaler Seite.

2. Variantenprüfung und Vorzugsvariante

Der Stadtrat nimmt die Ergebnisse der Vorplanung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, Variante B (Trasse Gartenstraße – Siemensring – Westpark-Boulevard) als Vorzugsvariante in die Planfeststellungsunterlagen einzuarbeiten.

3. Bürgerbeteiligung

Die Verwaltung wird beauftragt, über die gesetzliche Auslegung hinaus eine frühzeitige Bürgerbeteiligung durchzuführen und bis zum 31. März 2025 eine Informationsveranstaltung zu organisieren.

4. Fördermittelakquise GVFG

Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich einen Antrag auf Bundesförderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) zu stellen. Der Fördersatz von bis zu 75 % soll angestrebt werden.

5. Ladeinfrastruktur E-Mobilität (Grundsatzbeschluss)

Die Verwaltung wird beauftragt, die rechtlichen Voraussetzungen für Sondernutzungserlaubnisse zu klären, das Betreibermodell (SWF vs. CPO) zu evaluieren und dem ASV bis zum 30. Juni 2025 vorzulegen.

6. Schulwegsicherheit Grundschule Nord

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Maßnahmenpaket zur Schulwegsicherheit zu erarbeiten und bis zum 31. März 2025 vorzulegen. Tempo 30 und bauliche Querungshilfen sind vorrangig zu prüfen.

II. Begründung (Kurzfassung)

Variantenvergleich A / B / C

Variante B erzielt in der Abwägungsmatrix die höchste Gesamtpunktzahl und verbindet gute Erschließungswirkung mit vertretbarem Umwelteingriff und GVFG-Fähigkeit.

Finanzierung

Gesamtkosten: ca. 38,5 Mio. Euro (brutto). GVFG-Bundesförderung bis zu 60 % (ca. 23,1 Mio. Euro).
Städtischer Eigenanteil: ca. 15,4 Mio. Euro über Kreditaufnahme (Nachtragshaushalt 2026).

III. Anlagen

Anlage 1: Abwägungsmatrix Variantenvergleich A/B/C (Stand: Juli 2024)

Anlage 2: Übersichtslageplan Vorzugsvariante B (M 1:5.000)

Anlage 3: Kostenschätzung nach DIN 276 (Stand: August 2024)

Anlage 4: Stellungnahme VBF GmbH vom 14.08.2024

Anlage 5: Beschluss ASV vom 10.09.2024

Anlage 6: Konzept SWF Ladeinfrastruktur (Stand: Juni 2024)

Gez. Stadtdirektor Dr. Markus Frenzel | Planungsamt – Amtsleitung: Dipl.-Ing. Sabine Kreutzmann

Friedrichshöfe, 05. September 2024

Kriterium	Variante A	Variante B (Vorzug)	Variante C
Länge	2,51 km	2,64 km	2,78 km (inkl. Tunnel)
Kosten (brutto)	34,2 Mio. €	38,5 Mio. €	52,1 Mio. €
Bauzeit	ca. 18 Monate	ca. 22 Monate	ca. 30 Monate
Baumeingriff	26 Linden (Entfall)	4 Bäume	0
Grunderwerb	gering	Parzelle 7/12	gering
GVFG-Förderung	60–75 %	60 %	< 60 % (zu teuer)
Gesamtpunkte	63/100	78/100	71/100

Datei: 03_strassenbahn/planfeststellungsbeschluss_auszug.docx

BEZIRKSREGIERUNG WESTMARK

Dezernat 25 – Planfeststellung ÖPNV

Musterplatz 1, 48147 Münsterhausen

Datum: 17. März 2027 | AZ: PF-2025/478-VBF

PLANFESTSTELLUNGSBESCHLUSS

Verlängerung Straßenbahnlinie 7 Westast, Stadt Friedrichshöfe

— Auszug: Tenor und ausgewählte Nebenbestimmungen —

A. TENOR

I. Planfeststellung

Der Plan für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 (Westast) in der Stadt Friedrichshöfe wird festgestellt. Antragstellerin ist die Verkehrsbetriebe Friedrichshöfe GmbH (VBF).

Dem Vorhaben liegen die von der Antragstellerin vorgelegten und geprüften Planunterlagen (Stand: 15. September 2026 / 22. Oktober 2026 überarbeitet) zugrunde. Die festgestellten Pläne sind mit dem Siegel der Planfeststellungsbehörde versehen.

II. Konzentrationswirkung (§ 75 Abs. 1 VwVfG NRW)

Gehwegsondernutzungserlaubnis nach § 18 StrWG NRW für Haltestellenbauwerke H1–H4

Baugenehmigung nach § 60 BauO NRW 2018 für Haltestellen H3 und H4

Einvernehmen nach § 36 BauGB für die Inanspruchnahme von Straßenland

III. Ausnahmen / Befreiungen

Ausnahme nach § 41 Abs. 2 BNatSchG für 2 Fledermausquartiere (Zwergfledermaus), Ausgleich durch Maßnahme M7 (10 Fledermaus-Flachkästen, Siemensring-Grünzug).

Befreiung nach § 67 Abs. 1 BNatSchG vom LSG-Verbot für unterirdische Gleichstromkabelverbindung Unterwerk – Westpark-Mitte (ca. 2,8 km).

B. NEBENBESTIMMUNGEN (AUSWAHL)

B.1 Schallschutz

NS 1: Vor Inbetriebnahme Km 0+000–0+480: Prognosemessung nach DIN 45641 an IO 1 (Gartenstraße 14) und IO 2 (Siemensring 23). Bei Grenzwertüberschreitung: aktive oder passive Schutzmaßnahmen auf Kosten der Antragstellerin.

NS 2: Im Kurvenbereich Einmündung Rosenstraße (km 0+210, R=40 m): Schienenschmierung oder gleichwertige Maßnahme. Wirksamkeitsnachweis 6 Monate nach Betriebsaufnahme.

NS 3: Erschütterungserzeugende Bauarbeiten Gartenstraße 8–22 nur Mo–Fr 07:00–18:00 Uhr. Ausnahmen mit Zustimmung der Behörde.

NS 4: Bauzeitenplan mit standortbezogenen Lärmprognosen (AVV Baulärm) 4 Wochen vor Baubeginn einreichen.

NS 5: Bürgerhotline einrichten (Mo–Fr 08:00–18:00 Uhr); Beschwerden binnen 5 Werktagen beantworten.

B.2 Naturschutz / Eingriff-Ausgleich

NB 1: Kompensationsmaßnahmen M1–M12 spätestens 12 Monate nach Fertigstellung umsetzen; Fertigstellung der UNB anzeigen.

NB 2: Fledermaus-Flachkästen (M7) vor Baumfällungen aufhängen; Ökologische Fachkraft für 2 Vegetationsperioden; Jahresberichte an UNB bis 30.11.

NB 3: Baumfällungen ausschließlich außerhalb Brutschutzzeit (01.03.–30.09.), § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG.

NB 4: Ausgleichsgrundstück Siemensring-Grünzug (Flurstück 4/07): Pflege als Gehölzfläche mind. 30 Jahre; dingliche Sicherung (Grunddienstbarkeit) vor Baubeginn.

NB 5: Bodenkundliche Baubegleitung (BBB) für Abschnitte mit Baumwurzel-Eingriff; BBB namentlich der Behörde zu benennen.

B.3 Verkehr während Bauphase

VB 1: Verkehrsführungskonzept spätestens 6 Wochen vor Baubeginn; Abstimmung mit Ordnungsamt und Polizei.

VB 2: Zufahrt Metallbau Steinert GmbH (Siemensring 12) mind. 5 Tage/Woche für Schwertransporte sicherstellen.

VB 3: Ersatzparkplätze (mind. 8 Stpl., davon 1 Schwerbehindertenparkplatz) innerhalb 300 m während Sperrung Längsparkstreifen Gartenstraße (ca. 14 Monate).

C. RECHTSBEHELFSBELEHRUNG

Gegen diesen Planfeststellungsbeschluss kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen (OVG NRW), Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster, erhoben werden (§ 48 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 VwGO). Klagen haben nach § 28 Abs. 1a PBefG i.V.m. § 29 Abs. 6 S. 2 PBefG hinsichtlich gemeinwohlschützender Maßnahmen keine aufschiebende Wirkung; vorläufiger Rechtsschutz nach §§ 80a, 80 Abs. 5 VwGO bleibt vorbehalten.

Bezirksregierung Westmark

Regierungsvizepräsident Dr. Ernst-Dieter Falkenbusch

Münsterhausen, 17. März 2027

(Dieser Beschluss ist ein Auszug; der vollständige Beschluss umfasst 187 Seiten mit Anlagen.)

Datei: 07_verfahren/widerspruch_anwohner.docx

Petra Klausberg

Gartenstraße 14

47112 Friedrichshöfe

Datum: 12. Mai 2026

Bezirksregierung Westmark

Dezernat 25 – Planfeststellungsstelle

Musterplatz 1

48147 Münsterhausen

Betreff: Planfeststellungsverfahren Straßenbahnverlängerung Linie 7 Westast, Stadt Friedrichshöfe – AZ
BezReg Westmark PF-2025/478-VBF

Einwendung und Widerspruch gegen die ausgelegten Planunterlagen

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wende mich als unmittelbar betroffene Anwohnerin gegen die in der Zeit vom 2. März bis 1. April 2026 öffentlich ausgelegten Planunterlagen für die Verlängerung der Straßenbahnlinie 7 (Westast) in der Stadt Friedrichshöfe. Mein Haus, Gartenstraße 14, befindet sich in unmittelbarer Nähe der geplanten Trasse (Variante B, Abschnitt Siemensring - Gartenstrasse-Einmündung), und ich sehe meine persönlichen Rechte in mehrfacher Hinsicht verletzt. Ich erhebe hiermit fristgerecht und schriftlich Einwendungen nach § 73 Abs. 4 VwVfG NRW.

1. Verlust von Stellplätzen

Die ausgelegten Planunterlagen sehen auf Höhe der Hausnummern 8–22 der Gartenstraße den Entfall von elf straßenseitigen Parkstellen vor. Ich nutze seit Jahren den Stellplatz Parkzone P3, Stellplatz Nr. 7. Eine Alternative ist im unmittelbaren Umfeld nicht in nennenswerter Zahl vorhanden. Da ich aufgrund eines Herzleidens auf den Pkw angewiesen bin (Schwerbehindertenausweis, Merkzeichen G), bin ich besonders betroffen. Ich bitte ausdrücklich, im Planfeststellungsbeschluss eine konkrete Ausgleichsregelung vorzusehen.

2. Lärmimmissionen während Bau und Betrieb

Die Schalltechnische Untersuchung (Anlage 12) weist für Gartenstraße 14 Betriebslärmpegel von tags 51 dB(A) und nachts 39 dB(A) aus. Ich bezweifle die Richtigkeit dieser Werte: Der Gutachter hat 80 Züge/Tag angesetzt, tatsächlich fallen aber bei 7,5-Minuten-Takt bis zu 160 Überfahrten täglich an. Kurvengeräusche (Radius 40 m, Einmündung Rosenstraße) wurden nicht separat berücksichtigt. Für die

Bauphase fehlt eine standortspezifische Prognose gemäß AVV Baulärm.

3. Mängel im Beteiligungsverfahren

Die 18 Ordner (ca. 4.312 Seiten) standen nur zu beschränkten Öffnungszeiten (Mo–Fr 08:00–12:00 Uhr, Di 14:00–17:00 Uhr) zur Einsicht bereit. Eine vollständige digitale Bereitstellung hat nicht stattgefunden. Ich rüge, dass das Verfahren dem Grundsatz effektiver Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 73 VwVfG NRW, § 9 UVPG) nicht genügt hat.

4. Zuständigkeit der Bezirksregierung

Ich bitte um ausdrückliche Darlegung der Zuständigkeitsgrundlage im Planfeststellungsbeschluss.

Anträge

Die Planfeststellungsunterlagen sind um eine standortspezifische Baulärmprognose für Gartenstraße 14 gemäß AVV Baulärm zu ergänzen.

Die Schalltechnische Untersuchung ist auf Basis von 160 Überfahrten/Tag und unter Berücksichtigung der Kurvengeräusche am Knoten Rosenstraße neu zu erstellen.

Im Planfeststellungsbeschluss ist eine wohnortnahe Ersatzparkregelung (max. 200 m) oder finanzielle Entschädigung für betroffene Anwohnende vorzusehen.

Die vollständigen Planunterlagen sind für den Erörterungstermin vorab digital zugänglich zu machen.

Ich behalte mir vor, weitere Einwendungen zu erheben und Rechtsmittel einzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Petra Klausberg

Gartenstraße 14, 47112 Friedrichshöfe

Datei: 08_foerderung_vergabe/foerdermittel_vergabe.docx

BUNDESMINISTERIUM FÜR DIGITALES UND VERKEHR (BMDV)

Referat A14 – Gemeindeverkehrsfinanzierung

Invalidenstraße 44, 10115 Berlin

Datum: 18. Dezember 2026 | AZ: BMDV-A14-2025-0478-FR

ZUWENDUNGSBESCHEID

nach § 2 Abs. 1 GVFG-Bundesprogramm Verlängerung Straßenbahnlinie 7 Westast, Stadt Friedrichshöfe

Zuwendungsempfängerin:

Stadt Friedrichshöfe, vertreten durch den Stadtdirektor, Planungsamt AZ PA-2024-L7-0091, Rathausplatz 1, 47112 Friedrichshöfe

1. Tenor (Bewilligung)

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr bewilligt der Stadt Friedrichshöfe auf Basis des Antrags vom 04. März 2026 und der Ergänzungsunterlagen vom 19. September 2026 eine Bundeszuwendung nach dem GVFG-Bundesprogramm sowie den §§ 23 und 44 BHO in folgender Höhe:

Bewilligter Förderrahmen: 23.100.000,00 Euro

Dies entspricht einem Fördersatz von 60 % der als zuwendungsfähig anerkannten Kosten in Höhe von 38.500.000,00 Euro (brutto). Der Zuwendungsbetrag ist gedeckelt; Kostensteigerungen begründen keinen Anspruch auf Erhöhung.

2. Zuwendungsfähige Kosten

3. Bewilligungszeitraum

01. Januar 2027 bis 31. Dezember 2031. Baubeginn frühestens nach Bestandskraft des Planfeststellungsbeschlusses und schriftlichem Mittelabruf. Vorzeitiger Maßnahmenbeginn (Nr. 1.3 ANBest-G) ist nicht genehmigt.

4. Ausgewählte Nebenbestimmungen

NB 1 – Vergabe

Alle Lieferungen/Leistungen sind nach GWB, VgV, VOB/A, UVgO zu vergeben. Vergabeverstöße können zur Rückforderung führen. Vergabedokumentation nach § 8 VgV vollständig führen.

NB 2 – Verwendungsnachweis

Zwischenverwendungsnachweis jeweils bis 31. März des Folgejahres. Abschließender Nachweis binnen 6 Monaten nach Vorhabensabschluss (Muster ANBest-G Anlage 4).

NB 3 – Prüfungsrechte

BMDV, Bundesrechnungshof (§ 91 BHO), Landesrechnungshof NRW und EU-Prüfbehörden sind berechtigt, Belege und Bücher zu prüfen.

NB 4 – Kennzeichnung

Baumaßnahmen mit BMDV-Förderlogo kennzeichnen; Gestaltungsvorgaben folgen separat.

NB 5 – Änderungen

Wesentliche Änderungen (Trasse, Kostensteigerung > 10 %, Bauzeitverzug > 12 Monate) unverzüglich anzeigen und Einwilligung einholen. Nicht angezeigte Änderungen können zur vollständigen Rückforderung führen.

NB 6 – Rückforderungsvorbehalt

Bei zweckwidriger Verwendung: Rückforderung nebst Zinsen (§ 49a Abs. 3 VwVfG; derzeit 5 Prozentpunkte über Basiszinssatz).

5. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesministerium für Digitales und Verkehr, Invalidenstraße 44, 10115 Berlin, eingelegt werden (§ 68 VwGO). Gerichtsstand: Verwaltungsgericht Berlin (§ 52 Nr. 2 VwGO).

Im Auftrag

Regierungsdirektor Klaus-Dieter Horstmann | BMDV Referat A14

Berlin, 18. Dezember 2026

Kostenposition	Netto (€)	Brutto (€)
Grunderwerb	1.200.000	1.200.000
Erdbau / Gleisbau	14.700.000	17.493.000
Ingenieurbauwerke	3.200.000	3.808.000
Fahrleitungsanlage	2.800.000	3.332.000
Haltestellen	1.900.000	2.261.000
Elektrotechnik / LST	1.700.000	2.023.000
Ausgleichs-/Ersatzmaßnahmen	680.000	809.200
Planungskosten (max. 10 %)	2.680.000	3.189.200

Kostenposition	Netto (€)	Brutto (€)
Summe zuwendungsfähig	28.860.000	34.115.400